S 20 U 474/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

2

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze L
Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 20 U 474/00 Datum 12.03.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 U 124/02 Datum 23.01.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Kl \tilde{A} ¤gers gegen das Urteil des Sozialgerichts M \tilde{A} ¼nchen vom 12.03.2002 wird zur \tilde{A} ¼ckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Parteien streiten darum, ob schmerzhafte BewegungseinschrĤnkungen im rechten Arm des KlĤgers als Berufskrankheit nach Nr.2101 der Anlage zur BKVO anzuerkennen und zu entschĤdigen sind.

Der 1944 geborene Kläger war in Deutschland als Cellist von 1966 bis 1968 und vom 01.06.1978 bis 31.08.1985 tätig und gab diese Tätigkeit dann endgültig auf. Davor und dazwischen war er ebenfalls als Cellist und Cellolehrer im Ausland beschäftigt. Im Mai 1997 stellte er bei der Beklagten einen Entschädigungsantrag und machte u.a. geltend, das Cellospielen habe bei ihm gesundheitliche Beeinträchtigungen hervorgerufen, die ihn gezwungen hätten, diese Tätigkeit aufzugeben. Erste Symptome habe er schon 1979 gespürt. Mit Schreiben vom 27.12.1997, bei der Beklagten eingegangen am 21.01.1998, teilte der Kläger mit,

er habe endlich jemanden gefunden, der ein Dokument über die ärztliche Untersuchung beim Arbeitsamt im Jahre 1985 gelesen habe. Beigefügt waren Unterlagen des ärztlichen Dienstes des Arbeitsamtes aus dem Jahre 1991. Danach hatte der Kläger angegeben, er könne aufgrund von Sehnenproblemen nicht mehr Cello spielen. In einem daraufhin in Auftrag gegebenen Gutachten führte die Arbeitsamtsärztin J. aus, es bestehe ein Zustand nach eingeklemmtem Handnerv beidseits bei chronischer Ã \Box berlastung. Der Kl \ddot{A} ¤ger habe 1985 aufgrund einer Nervenentz \ddot{A} ¼ndung an beiden Armen, welche durch chronische \ddot{A} \Box berlastung beim Cellospielen verursacht worden sei, seinen Beruf als Solocellist aufgeben m \ddot{A} \Box 4sssen. Die Symptome h \ddot{A} \Box 4ten sich weitgehend zur \ddot{A} \Box 4ckgebildet, bei einer Weiterarbeit als Berufsmusiker sei ein R \ddot{A} \Box 4ckfall der Nervenentz \ddot{A} \Box 4ndung zu erwarten. Somit sei der Kl \ddot{A} \Box 4ger f \ddot{A} \Box 4r seinen fr \ddot{A} \Box 4her erlernten Beruf gesundheitlich nicht mehr geeignet.

Aus der Zeit vor dem Ende seiner BeschĤftigung konnten keine Ĥrztlichen Unterlagen ermittelt werden. Der KlĤger hat insoweit angegeben, er sei nie beim Arzt gewesen. Der frühere Arbeitgeber konnte keine Angaben zur Arbeitsbelastung mehr machen.

Die von der Beklagten als SachverstĤndige gehĶrte Arbeitsmedizinerin Dr.R. kam auf Grund der bis dahin vorliegenden Unterlagen zu dem Ergebnis, beim KlĤger liege eine neurotische Entwicklung mit somatoformer StĶrung vor. Der hierzu gehĶrte Gewerbearzt fļhrte aus, von medizinische Seite sei die gesicherte Diagnose einer BK Nr.2101 nicht gegeben. Ein klar dokumentiertes Bild einer Sehnenscheidenerkrankung mit entsprechend dokumentierten Diagnosen, Untersuchungsergebnissen sowie deren Entwicklung ergebe sich nach Anlage nicht. Auch bestļnden gewerbeĤrztlicherseits noch erhebliche Zweifel, ob die Arbeit als Solocellist geeignet sei, eine entsprechende Erkrankung des Formenkreises der Berufskrankheit Nr.2101 auszulĶsen.

Mit Bescheid vom 09.06.1999 lehnte daraufhin die Beklagte die Anerkennung der Beschwerden des KlĤgers an den Armen und HĤnden als Berufskrankheit nach § 9 Abs.1 SGB VII in Verbindung mit Nr.2101 der Anlage zur BKVO und die GewĤhrung von Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung ab. Das Vorliegen einer Erkrankung der Sehnenscheiden oder des Sehnengleitgewebes sowie der Sehnen- oder MuskelansĤtze kĶnne aus medizinischer Sicht nicht nachgewiesen werden.

Auf den Widerspruch des Klä¤gers holte die Beklagte zunä¤chst Gutachten des Orthopä¤den Dr.K. vom 29.11.1999, des Neurologen Dr.R. vom 02.12.1999 und des Internisten Prof. Dr.W. ebenfalls vom 02.12.1999 ein. Dr.K. fã¼hrte aus, in den Formenkreis der Nr.2101 gehä¶rten die abakteriellen Hã¼llgewebsentzã¼ndungen von Sehnen und Muskeln, die Tendovaginitis stenosans, der schnellende Finger, die narbigen Sekundã¤rschrumpfungen von Hã¼llgeweben, auch die Ansatzerkrankungen von Muskeln, Sehnen und Fascien und die sogenannten Ansatzperiostosen. Kein solches Krankheitsbild sei jetzt oder frã¼her beim Klã¤ger festzustellen gewesen. Insoweit zu gleichen Ergebnissen kamen auch die ã¼brigen Sachverstã¤ndigen. Mit Widerspruchsbescheid vom 22.05.2000 wies die Beklagte

deshalb den Widerspruch als unbegründet zurück.

Im Klageverfahren hat der KlĤger beantragt, eine schmerzhafte BewegungseinschrĤnkung des Armes als Berufskrankheit anzuerkennen.

Das Sozialgericht hat zunächst den Chirurgen Dr.L. als Sachverständigen gehört. Auch dieser Sachverständige kommt zu dem Ergebnis, beim Kläger lägen derzeit keine objektivierbaren Erkrankungen der Sehnen- oder Muskelansätze, der Sehnenscheiden oder des Sehnengleitgewebes an Unterarmen und Händen vor. Medizinische Unterlagen aus 1985 seien derzeit nicht verfýgbar, eine sichere Beurteilung des damaligen Zustandes sei deshalb nicht möglich.

Anschlieà end sind die Unterlagen des Arbeitsamtes aus den Jahren 1985 und 1991 dem Sozialgericht vorgelegt worden. Darin findet sich u.a. eine Schilderung des Klã¤gers im Jahre 1985 ü ber seine Grü nde zur Arbeitsaufgabe. Im Wesentlichen wã¤ren dies Auseinandersetzungen mit dem Orchesterleiter gewesen, sofern darü ber hinaus gesundheitliche Grü nde geltend gemacht wurden, fü hrte der Klã¤ger eine extreme psychische Belastung an. Fü die Zeit vor der Arbeitslosmeldung existierten keine ärztlichen Befunde, da der Klã¤ger keinen Arzt aufgesucht hatte. Ein neurologischer Sachverständiger kam 1985 zu dem Ergebnis, die Beschwerden sprächen fü ein Carpaltunnelsyndrom, neurologisch seien die Verhältnisse beim Klã¤ger aber unauffällig und er sei als Cellist weiter einsetzbar und vermittelbar.

Mit Urteil vom 12.03.2002 hat das Sozialgericht die Klage als unbegrÃ⅓ndet abgewiesen und sich in der BegrÃ⅓ndung auf die Gutachten des Sachverständigen Dr.L. gestÃ⅓tzt. Dessen Ergebnisse wÃ⅓rden gestÃ⅓tzt durch die Begutachtung beim Arbeitsamt im Jahre 1985. Aus den Arbeitsamtsunterlagen ergebe sich auÃ∏erdem, dass der Kläger seine Tätigkeit als Cellist wesentlich aus anderen als gesundheitlichen GrÃ⅓nden aufgegeben habe.

Mit der Berufung verfolgt der Kläger sein Klagebegehren weiter und verweist auf den Vermerk der Ã∏rztin J. über einen Zustand nach Carpaltunnelsyndrom bds. Nach der Anzeige des Endes der Beweisaufnahme mit Schreiben des Senats vom 03.09.2002 hat der Kläger am 25.09.2002 beantragt, die Handchirurgin Dr.K. nach § 109 SGG als Sachverständige zu hören. Der Senat hat die Ã∏rztin mit Beweisanordnung vom 02.12.2002 zur Sachverständigen ernannt und sie mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Nach einer weiteren Anforderung eines Vorschusses und dessen Bezahlung hat die Sachverständige mitgeteilt, der Kläger wÃ⅓nsche keine Begutachtung mehr. Der Senat hat die

Klägerbevollmächtigten mit Schreiben vom 29.01.2003 um Stellungnahme gebeten, ob der Antrag nach <u>§ 109 SGG</u> aufrecht erhalten werde. Am 27.02.2003 hat der Klägerbevollmächtigte beantragt, dass nicht Dr.K. als Sachverständige nach <u>§ 109 SGG</u> gehört werde, sondern Frau J â∏¦ Der Berichterstatter hat die Klägerbevollmächtigten darauf hingewiesen, dass der Antrag vom 25.09.2002 auf Anhörung der Sachverständigen Dr.K. damit zurýckgenommen sei und der Antrag auf Anhörung der Sachverständigen J. zurýckgewiesen werden könne.

In der mÃ⅓ndlichen Verhandlung hat der Kläger erklärt, anläÃ∏lich eines Antrags auf Reha-Leistung bei der BfA sei er untersucht worden und dieser Arzt habe eine Berufskrankheit, nämlich eine Sehnenscheidenerkrankung, festgestellt, die er auf das Cellospielen zurÃ⅓ckgefÃ⅓hrt habe. Die Feststellung einer Berufskrankheit sei zwingende Voraussetzung dafÃ⅓r gewesen, dass er Reha-Leistungen erhalten habe. Diese Unterlagen habe er der Beklagten durch ein Schreiben vom 27.12.1997 per Einschreiben zugeschickt.

Er stellt den Antrag,

das Urteil des Sozialgerichts München vom 12.03.2002 aufzuheben und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 09.06.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.05.2000 zu verurteilen, eine schmerzhafte Bewegungseinschränkung des rechten Armes als Berufskrankheit nach Ziff. 2101 anzuerkennen und entsprechend zu entschädigen. Hilfsweise beantragt er die Einholung eines Gutachtens der Frau J. nach <u>§ 109 SGG</u> nach Beiziehung der Reha-Akten der BfA.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Zum Verfahren beigezogen und Gegenstand der mündlichen Verhandlung sind die Akten der Beklagten und die Akte des Sozialgerichts München in dem vorangegangenen Klageverfahren.

Entscheidungsgründe:

Die vom Kl \tilde{A} ¤ger form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zul \tilde{A} ¤ssig; eine Beschr \tilde{A} ¤nkung der Berufung nach \hat{A} § 144 SGG besteht nicht.

Die Berufung ist jedoch nicht begründet, denn der Kläger hat nicht nachweislich eine der in Nr.2101 der Anlage zur BKVO genannten Erkrankungen der Sehnenscheiden oder Sehnengleitgewebes sowie der Sehnen- oder Muskelansätze, die zur Unterlassung aller Tätigkeiten gezwungen hätten, die fþr die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein könnten.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1}/_{0}$ ber den Rechtsstreit richtet sich auch im Berufungsverfahren nach den Vorschriften der RVO, weil sowohl die geltend gemachte

Gesundheitsstörung als auch die Aufgabe der vom Kläger als hierfür ursächlich angesehenen Tätigkeit vor dem 01.01.1997 lagen (§ 212 SGB VII).

Der Antrag des Klägers ist auslegungsbedürftig, da im Recht der Berufskrankheiten nach § 551 Abs.1 RVO (seit 01.01.1997 § 9 SGB VII) das sogenannte Listenprinzip gilt, wonach Berufskrankheit nur sein kann, was durch den hierzu berufenen Verordnungsgeber als solche bezeichnet ist. Ã□ber einen Fall der Gleichstellung im Einzelfall nach § 551 Abs.2 RVO hat die Beklagte hier nicht entschieden. Da weder die vom Kläger geltend gemachte Gesundheitsstörung noch die von ihm dafür verantwortlich gemachten Betätigungen in der Anlage zur Berufskrankheitenverordnung genannt sind, muss, wie dies die Beklagte getan hat, auf die für den konkreten Fall in Betracht kommende Anspruchsgrundlage zurückgegriffen werden. Das sind im vorliegenden Fall die in Nr.2101 der Anlage zur BKVO genannten Erkrankungen, als deren Folge der Kläger seine schmerzhafte Bewegungseinschränkung des Armes offensichtlich ansieht.

Eine solche Erkrankung liegt jedoch beim Kläger nicht vor und hat auch nicht nachgewiesenermaÃ□en vorgelegen. Das ergibt sich aus den Gutachten des Sachverständigen Dr.L â□¦ Eine anders lautende gutachterliche oder sonstige ärztliche Einschätzung liegt nicht vor.

Es bestand auch kein Anla̸ zur weiteren Beweiserhebung. Das Schreiben des KlĤgers vom 27.12.1997 an die Beklagte nebst Anlagen befindet sich in der Beklagtenakte und hat fÃ1/4r das Verwaltungs- und Gerichtsverfahren zur Verfügung gestanden. Soweit der Kläger hier von einem Antrag auf Reha-Leistung bei der BfA (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte) spricht, unterliegt er einem Irrtum, weil er seinen Antrag ausweislich auch der spĤter dem Sozialgericht zur Verfļgung gestellten Unterlagen bei der BA (Bundesanstalt für Arbeit) gestellt hat. Die vom KlĤger beigefļgten Unterlagen des Arbeitsamtes enthalten auch Aussagen, die einen Laien auf eine Berufskrankheit schlie̸en lassen können, die auf das Cellospielen zurückzuführen wÃxre. BestÃxrkt wird der Eindruck von der irrtümlichen Annahme des Klägers durch seine Ausführungen, das Vorliegen einer Berufskrankheit sei zwingende Voraussetzung für eine Reha-Leistung gewesen. Dies trifft nicht zu, denn einerseits enthielt das Rentenversicherungsrecht keinerlei Vorschrift, die die Gewäknrung von RehabilitationsmaÄ \sqcap nahmen von einer bestimmten Genese der Erkrankung abhängig gemacht hätte, andererseits wäre beim Vorliegen einer Berufskrankheit der UnfallversicherungstrĤger vorrangig leistungsverpflichtet gewesen und jeder andere potentielle LeistungstrĤger hĤtte Veranlassung gehabt, an die Beklagte heranzutreten.

Dem zuletzt gestellten Antrag nach <u>§ 109 SGG</u> war nicht mehr stattzugeben, weil durch die Zulassung die Erledigung des Rechtsstreits verzĶgert worden wĤre und der Antrag nach der freien Ä□berzeugung des Gerichts aus grober NachlĤssigkeit nicht früher vorgebracht worden ist. Den Antrag auf AnhĶrung der SachverstĤndigen J. hat der KlĤger mehr als fþnf Monate nach Anzeige des Senats vom Ende der Beweisaufnahme gestellt. Durch seine Zulassung wĤre der Rechtsstreit verzĶgert worden und es ist keinerlei Grund dafþr vorgebracht

worden oder ersichtlich, warum der Antrag nicht früher, insbesondere nicht innerhalb der vom Senat gesetzten Stellungnahmefrist von vier Wochen vorgebracht worden ist.

Die Berufung hat deshalb keinen Erfolg.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Kosten st $\tilde{A}^{1/4}$ tzt sich auf $\frac{\hat{A}\S 193 \ SGG}{193 \ SGG}$ und folgt der Erw \tilde{A} zgung, dass der Kl \tilde{A} zger in beiden Rechtsz $\tilde{A}^{1/4}$ gen nicht obsiegt hat.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision nach $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs.2 Nrn.}}{1}$ und $\frac{2 \text{ SGG}}{1}$ liegen nicht vor.

Erstellt am: 13.04.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024